

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	66 (1987)
Heft:	4
Artikel:	Die Sowjetunion auf dem schweren Weg der Reformen : das Rezept : Wahrheit und Transparenz
Autor:	Grünwald, Leopold
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340477

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nürnberg und des neuen Grundsatzprogramms - Grüne wieder aus dem Parteienspektrum verdrängen will, muss sie dies einsichtig begründen und die Unhaltbarkeit des Politikverständnisses grosser Teile der neuen Partei herausarbeiten. Will die SPD aber mit ihr einmal regierungspolitisch kooperieren, muss sie durch eine aktive Auseinandersetzung mit den Unhaltbarkeiten bei den Grünen deren Klärungsprozess beschleunigen.

Denn allein dieser Prozess entscheidet darüber, ob die Grünen koalitionsfähig werden. Die SPD muss also den Entscheidungspunkt herbeiführen helfen, ob sich die Grünen spalten oder zu einer reformfähigen politischen Kraft werden. Aus sich heraus werden sie dieser Entscheidung ausweichen, und von aussen können sie nur von der SPD herausgefordert werden.

In der SPD ist unbestritten, dass die Grünen auf Bundesebene noch nicht koalitionsfähig sind. Auf Länder- und kommunaler Ebene sind dagegen differenzierte Betrachtun-

gen notwendig. Das Bundestagswahlergebnis hat die Grünen stärker, aber deswegen noch lange nicht koalitionsfähig gemacht.

Unverkennbar ist, dass sich deren fundamentalistischer Flügel, der die Beschlüsse des letzten Bundesparteitages durchsetzte und damit der CDU in Niedersachsen in letzter Minute den Zulauf zahlreicher Wähler bescherte, durch das Wahlergebnis bestätigt fühlt. Deshalb bleibt es zweifelhaft, ob diese Partei in absehbarer Zeit den notwendigen Klärungsprozess herbeiführen kann.

So oder so: In jedem Fall ist die offensive Auseinandersetzung der SPD mit den Grünen notwendig. Die SPD darf weder ihren eigenen Weg davon abhängig machen, wie die Grünen sich entwickeln, noch beliebig lange darauf warten, ob ein Klärungsprozess in eine tatsächliche Koalitionsfähigkeit mündet.

Deshalb gibt es keinen triftigen Anlass für irgendeine strategische Vorentscheidung der SPD über ihr künftiges Verhältnis zu den Grünen. Es geht weder um

ein Öffnen oder ein Verschließen der SPD. Die SPD muss die Grünen als parteipolitischen Gegner annehmen und neben den sachlichen auch die ideologischen Differenzen zu und in der Öko-Partei herausarbeiten. Dies gilt nicht nur bis zu dem eventuellen Zeitpunkt, zu dem die Grünen bundesweit koalitionsfähig werden könnten, sondern auch darüber hinaus. Wie schmerzlich die Schonung eines kleinen Partners sein kann, dem bereitwillig eine politische Abstauberrolle zu eigenen Lasten eingeräumt wird, hat die SPD vor 1982 erfahren - und dabei auch, wie sehr die eigene Partei mit ihren Zielen darunter leidet, wenn eine andere Partei zur Durchsetzung innerparteilicher Machtkämpfe instrumentalisiert wird.

Voraussetzung für jede Bestimmung des Verhältnisses zu anderen Parteien ist die eigene Handlungsfähigkeit in Bündnisfragen. Ist diese nicht gegeben und wird nicht in erster Linie daran gearbeitet, fahren andere mit uns schlitten.

Die Sowjetunion auf dem schweren Weg der Reformen

Das Rezept: Wahrheit und Transparenz

Von Leopold Grünwald, Wien

Das politisch interessierte Europa blickt gegenwärtig je nach politischem Standpunkt voller Hoffnung oder voller Skepsis nach Moskau, wo der amtierende Generalsekretär Michael Gorbatschow den Versuch angetreten hat, die Sowjetunion umzugestalten. Wahrheit und Transparenz sind zwei der Hauptmaximen, mit denen Gorbatschow auf Erfolg hofft. Das russische Wort «Glasnost» ist bereits in den internationalen politischen Wortschatz eingegangen. Der Wiener Publizist Leopold Grünwald legt im folgenden Artikel dar, mit welchen Problemen der sowjetische Generalsekretär auf seinem Reformkurs konfrontiert ist.

«Die Umgestaltung geht nur langsam vor sich», hat Gorbatschow auf der jüngsten Tagung des ZK der KPdSU festgestellt.

Man könne nur von «ersten Schritten» reden, bis zum «wirklichen Durchbruch» sei noch ein harter Weg. «Es gibt

keinen anderen Weg», und um das Ziel zu erreichen, brauche man Demokratie «wie die Luft zum Atmen». So oder ähnlich hat man es auch schon früher gehört. Das Neue ist, dass seine Selbstkritik am «realen Sozialismus» diesmal tieferschürfend war. Sie mündete in der Feststellung, dass die Ursachen der heute so scharf kritisierten Missstände in der UdSSR viel weiter zurückliegen, als bisher zugegeben wurde, nämlich in der Stalin-Ära. Gorbatschow hat

schon wiederholt das schwere Erbe der Breschnjew-Zeit für die Erstarrung des Systems verantwortlich gemacht. Nunmehr wirft er allen seinen Vorgänger-Regimen das Zurückbleiben von Wirtschaft und Forschung hinter der kapitalistischen Welt sowie Korruption und Demoralisierung der Gesellschaft vor. Durch ein unwirksames Planungssystem ohne wissenschaftliche Fundierung, durch Ignorieren und Ablehnen einer auf betriebswirtschaftlichen und Wertgesetzen gegründeten sozialistischen Marktwirtschaft sowie aller neuen und konstruktiven Ideen hätten sie den Sozialismus diskreditiert, zumindest seine Vorteile nicht genutzt. Gorbatschows Schlussfolgerungen wörtlich:

«Die theoretischen Vorstellungen vom Sozialismus blieben in vielem auf dem Niveau der dreißiger und vierziger Jahre stehen. Die Ursachen liegen weit zurück, sie wurzeln in jener historischen Situation, in der kraft der bekannten Umstände (!) lebendige Diskussionen und schöpferisches Denken aus der Theorie und den Gesellschaftswissenschaften verschwunden sind und autoritäre Einschätzungen und Urteile zu unbestreitbaren Wahrheiten gemacht wurden, die man nur kommentieren durfte... Diese (Stalinsche L.G.) Vorstellungen wurden mit dem Charakter des Sozialismus identifiziert und erstarrten zu Dogmen, die keinen Raum mehr für wissenschaftliche Analysen lassen.»

Es ist kein Wunder, dass gerade dieser Passus nicht nur in der KPdSU, sondern auch in mehreren moskau-orientierten kommunistischen Parteien auf Widerstand stiess, bei der «Popularisierung» des Januar-Plenums kaum erwähnt und in der Presse häufig wegzensuriert wurde. Kurz vor dem 70. Jahrestag der Oktoberrevolution beruft sich Gorbatschow auf Lenin-Aus-

sprüche, die illustrieren sollen, dass die seit Jahrzehnten eingestellten Zustände «dem Sozialismus fremd sind». Trotzdem hält er vornehmlich am Prinzip der «führenden Rolle der Kommunistischen Partei» und nicht zuletzt an der Vorstellung fest, dass nur die Sowjetunion und ihre Gefolgsstaaten den Sozialismus verkörpern.

Umso strenger geht der Sowjetführer mit den negativen Ergebnissen der Sozialpolitik seiner Partei ins Gericht: Wohl sei die Frage der Vollbeschäftigung gelöst worden, doch sei es dabei nicht zu einer grundlegenden Verbesserung der Lebensbedingungen, der Ausbildung, des Wohnungswesens gekommen, «und viele andere Fragen der Sozialpolitik blieben ungelöst». Mehr noch: Das wichtigste Prinzip des Sozialismus, die gerechte Verteilung gemäss der Arbeitsleistung, wurde verletzt. Und er beschreibt ausführlich die bösen Folgen dieser seit so vielen Jahren bestehenden Übelstände – das Schwinden des Interesses der Bevölkerung an den öffentlichen Angelegenheiten, die Verbreitung von Skeptizismus, der Wegfall moralischer Anreize zur Arbeit, besonders bei der jungen Generation, die oft nur «Bereicherung auf beliebige Art» zum Lebensziel hat; nicht zuletzt das Anwachsen der Volksseuchen Trunk- und Drogensucht, «dieses nationalen Unglücks» sowie die Zunahme der Kriminalität. Hätte Gorbatschow seine heute entwickelten Thesen in der Breschnjew-Ära geäussert, der Parteiausschluss, wenn nicht Lagerhaft hätten ihm sicher geblüht.

Die Kernaussagen von Gorbatschows Selbstkritik über die Wurzeln der Fehlentwicklung im Stalinismus fanden in der Schlussresolution des Plenums nur in abgeschwächter Form einen Niederschlag, sein detaillierter Vorschlag auf Reform des Wahlrechtes zu den Partei- und

Staatsorganen (mehrere Kandidaten, geheime Abstimmung) wurde nur in unverbindlichen Worten erwähnt. In seinem Schlusswort urgierte er nochmals energisch seinen Vorschlag auf Einberufung einer Parteikonferenz im Jahre 1988 zwecks neuerlicher Überprüfung des Fortgangs der Umgestaltung – ein Vorschlag, der in der Schlussresolution nicht erwähnt wird. Dies und andere Anzeichen bestätigen, dass Gorbatschow auf harten Widerstand stösst, sowohl in der «Nomenklatura» und im mittleren Kader des Partei- und Staatsapparates sowie «bei Arbeitern und Bauern», wie er selbst schon bisher wiederholt betonte.

Die passive Resistenz von Teilen der Bevölkerung ist unter anderem auf deren manipulierte Mentalität zurückzuführen, die allem Neuen mit Misstrauen begegnet, aber auch auf deren Verhaftetsein in den altgewohnten Arbeitsmethoden. Das Kräfteverhältnis zwischen Anhängern und Gegnern der Umgestaltung ist heute noch nicht auszumachen.

Unsicherheitsfaktor Armee

Einen Unsicherheitsfaktor bilden dabei die Armeeführung und der gesamte militärisch-industrielle Komplex, dessen Vorrang in der Wirtschaft durch die amerikanische «Politik der Stärke» erzwungen wird. Die Schwierigkeiten Gorbatschows werden durch die von Generaloberst Professor D. Wolkogonow in der «Prawda» angekündigten Milliardeninvestitionen verstärkt, die der Erweiterung der militärischen Jugendvorbereitung und dem Ausbau der DOSAAF, der paramilitärischen zivilen Verteidigungsorganisation, dienen sollen, wie dem Bau neuer Ausbildungs- und Übungsstätten und militärischer Spezialunterricht im ge-

samten Mittel- und Hochschulwesen.

Jedenfalls ist die Phrase von der «monolithen Einheit» des Sowjetvolkes ad absurdum geführt. Werden doch die notwendigen demokratischen Auflockerungen in Partei, Sowjets, Gewerkschaften und anderen Organisationen offen mit der Existenz von Meinungsverschiedenheiten, ja von Interessengegensätzen verschiedener Volkschichten begründet.

Die in den letzten Monaten geführten Medienkampagnen lassen bereits deutlich die Hintergründe der auch auf dem ZK-Plenum sichtbar gewordenen Gegensätze erkennen. Schärfste Waffe Gorbatschows in diesem Kampf sind Wahrheit und Transparenz («Glasnost»), zumindest bei der Aufdeckung der unhaltbaren Zustände und der Motive der Feinde der Umgestaltung.

Entbürokratisierung

Schwerpunkt der Kampagnen: die zentrale Bürokratie, die zur Fessel der gesamten Wirtschaft geworden ist. Sie ist ein Wasserkopf mit dem schwerfälligen «Gosplan» (Staatliche Planungskommission) und nicht weniger als 47 Wirtschaftsministerien, die von zahlreichen Wirtschaftsabteilungen des Zentralkomitees der KPdSU, der Zentralkomitees der Parteien der Teilrepubliken und der 157 Gebietsleitungen beaufsichtigt werden. Ihre Kompetenzen und Instanzen überschneiden einander häufig. Der zentrale bürokratische Apparat beschäftigt 15,3 Millionen Beamte, das sind 15 Prozent aller Berufstätigten.

Zwei Tage vor dem Januar-Plenum konstatierte der bekannte Ökonom Professor A. Popow im Parteiorgan «Prawda», in dem vornehmlich die Kampagnen geführt werden, dass es jene Beamten verschiede-

ner Wirtschaftsorgane sind, denen durch die Umgestaltung der Verlust ihrer Posten oder eine niedrigere Einstufung droht, die offenen Widerstand leisten. «Ihre Lage und Rolle ist untrennbar verbunden mit den Missständen des bestehenden Verwaltungssystems», schreibt Professor Popow. Gerade auf die Beseitigung dieser Missstände zielen die Kampagnen auf dem Gebiet der Wirtschaft ab. Gorbatschow drängt auf eine radikale Entbürokratisierung, auf Zusammenlegung von Ministerien, Vereinfachung und Entwirrung der bürokratischen Kompetenzen, auf einen Abbau parasitärer Personalbestände. Er hat seine Gegner wiederholt bei Namen genannt. Er spricht offen von «führenden Apparateleuten», deren Hauptaufgabe es ist, die «alte, überlebte Ordnung und ihre Privilegien zu konservieren», und er beschuldigt sie der Doppelzüngigkeit, weil sie «von allen Tribünen lauthals die Umgestaltung anpreisen, während sie in der Tat deren Durchführung bremsen. Aber wir durchschauen sie, und jeder wird das bekommen, was ihm gebührt, der eine bald, der andere später...»

Dazu ein Beispiel: Im «Ministrojdermasch», dem Ministerium für Maschinenbau im Eisenbahn-, Bauten- und Kommunalwesen, einem der elf Maschinenbauministerien, wurde der Abbau einer der drei Verwaltungsinstanzen angeordnet. Nach der Vollzugsmeldung wurde nachgewiesen, dass sich nur die Titel der Beamten und die Bezeichnungen der Abteilungen geändert haben, sonst aber alles beim alten geblieben war, auch der aufgeblähte Personalbestand. «Es war pure Augenauswischerei», schrieb die «Prawda». Diesem Begriff begegnen wir in den Enthüllungen der Sowjetpresse in vielen Varianten; er steht für die lang eingewurzelte Praxis der Irreführung der

Kontrollen beziehungsweise der «Obrigkeit».

Die Unwirksamkeit des bestehenden Kontrollsystems wurde wiederholt nachgewiesen. Eine Folge davon ist, dass eine grosse Zahl von Industrie- und Agrarbetrieben seit Jahrzehnten in den roten Zahlen stecken, ohne dass etwas zu ihrer Sanierung unternommen wurde. Man bezeichnet diese Betriebe als «Kostgänger des Staates». Ihre Defizite gehen in die Milliarden. «Wie kann man es denn endlich erreichen, dass die Zahl der Kolchosen, die sich einfach vom Staat aushalten lassen, sinkt?» fragt ein Kolchosvorsitzender aus dem Moskauer Gebiet. Anprangernde Berichte über solche «Kostgänger» kommen aus allen Teilen des Riesenreiches.

Zu den Ursachen der Defizitwirtschaft gehört außer dem immer wieder gerügten Fehlen betriebswirtschaftlicher Rechnungsführung die von Gorbatschow auf dem ZK-Plenum gegeisselte Massenproduktion von Ausschussware. Sie lagert in überquellenden Magazinen und signalisiert ebenfalls Milliardenverluste. Typisch sind etwa die Beispiele der Schuhkombinate von Frunse und Worošilowgrad. Im ersten waren die Fabrikhöfe «meistens gefüllt mit Containern voller Retourware». In dem letzteren, unter Breschnjew zum Musterbetrieb hochgejubelt, wurde jahrelang eine Riesenmenge von Schundware produziert, «bis eine Flut von Beschwerden und Klagen empörter Käufer dazu führte, dass die Erzeugung von Ausschuss herabgesetzt wurde».

Staatliche Qualitätskontrolle

Gorbatschow hat nun durchgesetzt, dass die gesamte Produktion der Sowjetindustrie obligatorisch einer staatlichen Qualitätskontrolle unterzogen werden soll. Das hat nun begonnen, aber im Bericht der Sowjetregierung über die Planerfüllung

1986 wird es als «absolut untragbar» und «empörend» bezeichnet, dass in einer Reihe von Fällen diese «ernste Staatsangelegenheit» mit formalen Mätzchen umgangen wird.

Die von der KPdSU eingeleitete «Strategie der Beschleunigung» soll erstens durch rasche Anwendung der neuesten wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften und zweitens durch Forcierung der Ausbildung hochqualifizierter Spezialisten verwirklicht werden.

Natürlich gibt es schon jetzt mehrere Sowjetbetriebe, in welchen elektronisch gesteuerte Produktionsprozesse und andere Innovationen eingeführt sind. Aber die heutige Situation wird eher mit dem Faktum gekennzeichnet, dass jeder dritte Arbeiter in der Industrie, jeder zweite im Bauwesen und zwei Drittel aller in der Landwirtschaft Beschäftigten noch Handarbeit verrichten müssen. Noch immer werden nur 40 bis 50 Prozent des Bedarfs an einfachen Mechanisierungsgeräten gedeckt. «Der Gosplan verschleppt die Lösung dieser Frage», heisst es. Die drei grossen Engpässe der Sowjetindustrie sind immer noch der Maschinenbau, die Computerproduktion und die Leicht- beziehungsweise Konsumwarenindustrie, das sind jene Wirtschaftszweige, die ihre Aufgaben 1986 nicht erfüllt haben.

Kann trotzdem der grosse Sprung ins elektronische und Computerzeitalter vollzogen werden? Dazu bedarf es eines auf der Höhe der Zeit stehenden wissenschaftlich-technischen Informationswesens. Hier die Feststellungen von Prof. Kredowskij, Direktor des Zentralen wissenschaftlich-technischen Informationsdienstes der Russischen Föderation: «Tausende Spezialisten sitzen noch immer auf einer Information-Hungerration. Es gibt zwar in den Forschungszentren riesige Literatur- und Dokumenta-

tionsstellen, aber das sowjetische Informationswesen stellt ein unübersichtliches Labyrinth dar: Die 228 Hauptstellen für technische Information unterstehen nicht weniger als 110 Ministerien und Verwaltungen.» Und dieser Experte, der selbst an einem Haupthebel des Informationswesens sitzt, drückt am Schluss seiner Klagen seine Zweifel an der beschlossenen Modernisierung aus. Was das Ausbildungswesen anlangt, stellte am 10. Januar dieses Jahres die Zentrale Parteikontrolle am Beispiel der Praxis in der Georgischen Sowjetrepublik fest, dass das Potential der Bildungsstätten in keiner Weise den wachsenden Bedürfnissen entspreche, dass aber ausserdem infolge des Fehlens einer Bedarfserhebung in den meistgefragten Studienrichtungen viel zuwenig, in den weniger gefragten aber zu viele Studenten ausgebildet wurden. Georgien ist da keine Ausnahme, sondern nur ein besonders krasses Beispiel für die allgemeine Disproportionalität der Kaderausbildung.

«Seite der Volkskontrolle»

Die «Prawda» hat eine besondere «Seite der Volkskontrolle», die sehr anschaulich den engen Zusammenhang der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Missstände zeigt. Dieser tritt am häufigsten bei den zahlreichen nicht fertiggestellten Neubauten zutage. So wurde etwa bei der neuen Stadt Tschernenko die Schaffung einer sozialen Infrastruktur einfach «vergessen». Die dort zugewanderten Arbeiterfamilien wandern wegen Mangels an Wohnungen scharenweise ab; für die Verbliebenen, zusammengepfercht in Gemeinschaftsräumen, gibt es keine ausreichenden Geschäfte, Kulturheime, Bäder usw. Andernorts fehlt es auch an Kindergarten, Spitäler, Gaststätten und Dienstleistungsbetrieben,

wie in Krasnojarsker Industrievier. Gorbatschow führte auf dem Januar-Plenum ein weiteres Beispiel an: das eben fertiggestellte Astrachaner Erdgas-Kombinat mit 8000 Beschäftigten, von welchen nur 3000 Wohnungen erhalten konnten.

Bei den blutigen Unruhen in der kasachischen Hauptstadt Alma Ata im Vorjahr spielte offensichtlich auch der Widerstand eines lokalen Paschatus und seiner Clientèle eine Rolle. Nicht nur dort, sondern in allen mittelasiatischen Republiken gibt es viele Beispiele der von Breschnjew her bekannten Bildung einer Führer-Hausmacht. Es wurde Usus, dass die in höhere Funktionen aufsteigenden Führer einen ganzen Rattenschwanz ihrer Günstlinge mitnahmen oder mit ihnen ständige Verbindungen unterhielten, um sich ihrer zu bedienen. Jetzt scheint man diese Paschawirtschaft in Kasachstan zu zerschlagen. Es häufen sich Meldungen über die Absetzung und Verhaftung von Bezirksfunktionären, die ein ganzes System von «Beziehungen» aufgebaut hatten, wobei sie ihre Misswirtschaft und sogar die kriminellen Handlungen ihrer Günstlinge deckten. «Welche Kräfte haben hier ihre schützende Hand über dem Amtsmissbrauch gehalten, und warum hat man die vorliegenden Beweise krimineller Handlungen unterdrückt?» fragt ein «Prawda»-Reporter.

Eine berechtigte Frage, eine Grundsatzfrage nach dem Charakter der Sowjetjustiz! Wurden doch ungezählte wichtige Kriminalfälle nicht von den zuständigen Justiz- und Sicherheitsorganen, sondern erst von Reportern im Zuge der Gorbatschowschen Kampagnen aufgedeckt. Das ZK der KPdSU hat erst vor kurzem zahlreiche Missstände im Justizwesen angeprangert und festgestellt, dass «in einer Reihe von Unionsrepubliken, Gebieten, Ministerien und Wirt-

schaftsorganen ganze Banden von Plünderern und Korrupti-
onisten ungestraft ihr Unwesen
treiben konnten». Die «Prawda» ergänzte in einem Leitartikel,
dass verschiedene Justizorgane «auf Veranlassung von
gewissen Einzelpersonen amtshan-
deln, indem sie den ihnen auf il-
legalen Wegen zugeleiteten an-
geblichen Beweisen blindlings
folgen». Solche und ähnliche
Fakten werden aus Lettland,
Moskau, Kasachstan, Witebsk,
Saratow und Smolensk gemel-
det. In Bjelorussland wurden
«unschuldige Bürger wegen ih-
nen unterschobener krimineller
Verfehlungen verurteilt – und
zwar in mehreren Fällen». Der
Generalstaatsanwalt, ein Ober-
ster Richter und 23 Richter wur-
den dort unter Anklage gestellt.
Während noch auf dem vorjäh-
rigen 27. Parteitag der Sicher-
heitschef Tschebrikow unter Be-
rufung auf Gorbatschow die
KGB- und Justizpraxis gegen-
über «ideologischen Diversan-
ten», das heißt Gesinnungstä-
tern, lobte und ihre schärfste Be-
strafung forderte, wurde auf
dem Januar-Plenum ein neues,
«modernen Anforderungen ent-
sprechendes» Strafrecht ange-
kündigt, das die Unabhängigkeit
der Richter sichern werde.
Gorbatschow sprach in diesem
Kontext davon, dass man
«manchmal mit Kanonen auf
Spatzen schießt, während Ver-
brechen gegen die Gesellschaft
unaufgeklärt bleiben». Es gibt,
wie Andrei Sacharow der Wiener
KSZE-Konferenz mitteilte,
noch immer Hunderte von sol-
chen «Justizkanonen» getroffe-
ne Gesinnungstäter in sowjeti-
schen Gefängnissen und La-
gern. Es ist zu hoffen, dass auf
diese Ankündigung wenigstens
eine Amnestie für politische und
Gewissenshäftlinge folgt.

Wichtige Teilreformen

Es ist nur fair, anzumerken, dass
der hier geschilderte Kampf ge-

gen die Feinde der Umgestal-
tung zu wichtigen Teilreformen
geföhrt hat. So haben bestim-
mte Unternehmungen schon jetzt
das Recht, direkten Handel mit
ausländischen Firmen zu betrei-
ben. 1986 erfolgten auch die er-
sten Schritte zu einem auf Lei-
stung und Selbstverwaltung der
Arbeitsbrigaden beruhenden
Lohnsystem, das 1989 vollendet
sein soll. Am 1. Juli soll ein Ge-
setz über das Recht der Sowjet-
bürger in Kraft treten, private
Handwerks-, Handels-, Gast-
stätten- oder Dienstleistungsbe-
triebe zu eröffnen, in welchen
jedoch nur Familienmitglieder
beschäftigt werden dürfen.
Auch das neue Tauwetter auf
kulturellem Gebiet, über das die
Weltpresse ausführlich berich-
tet, muss hervorgehoben wer-
den; es hat den Kunstschaften-
den grosse Erleichterungen ge-
bracht, wenn auch der bekannte
Sowjethistoriker Roy Medwed-
jew dies zu Recht so kommen-
tiert: «Die echte und vollständi-
ge schöpferische Freiheit bleibt
für uns noch immer ein Ideal
und ein Traum.»

Wie soll es weitergehen? Man
hat aufgehört, öffentlich die
Notwendigkeit der radikalen
Umstrukturierungen und Auf-
lockerungen des erstarrten Sy-
stems zu bestreiten. Es gibt An-
sätze, einige ideologische Tabus
zu durchbrechen. Die härteste
Nuss, die es dabei zu knacken
gilt, ist die Aufarbeitung der sta-
linistischen Vergangenheit. Die
größte Chance, dass auf diesem
Gebiet Fortschritte gemacht
werden, liegt in dem auf dem
Januar-Plenum erneut, gerade-
zu feierlich betonten Prinzip der
Transparenz und des Dialogs
über alle bisherigen Tabus.

Viele unabhängige Russlandex-
perten sympathisieren mit Gor-
batschows Modernisierungsbe-
strebungen und erblicken in ihm
den ersten bedeutenden und
hochkultivierten Staatsmann
der Sowjetunion seit Lenin.
Wenn sie sich auch ein endgültiges
Urteil über die Perspektiven
der Gorbatschowschen «Revo-
lution» erst in drei bis fünf Jah-
ren vorbehalten.

Copyright by «Zukunft», Wien

Zum 40. Jahrestag des Marshall-Planes

Notwendige Korrektur an einer Legende

Von Christina Ismail-Mahn

Theodore White, schriftstel-
lernder amerikanischer Augen-
zeuge wichtiger Ereignisse der
Nachkriegszeit, nannte das Eu-
ropäische Wiederaufbaupro-
gramm ERP, das unter dem Na-
men Marshall-Plan geläufiger
ist, das größte Unternehmen
amerikanischer Außenpolitik.
Die USA feiern heute das Pro-
gramm immer noch als ein Zei-
chen guten Willens, als ein
selbstlos gegebenes Almosen für
einen Kontinent, den man vor

dem Kommunismus retten woll-
te und musste.

Lassen wir einmal die Frage bei-
seite, ob der Marshall-Plan
überhaupt ein Erfolg war oder
nicht. Der Wert seiner Ergebni-
se wurde ohnehin bereits kurz
nach seinem Ende von seinen
Vätern bezweifelt. Man sollte
besser nach Ursache und Anlass
fragen, um die Geburt des Pro-
grammes chronologisch rekapi-
kulieren zu können.